

Wirtschaft

Rechnungshof: Kritik an Agrarförderung »Seite 9

7

ATX 2236,20 (-1,18%) Euro/Dollar 1,2813 (-0,34%) Gold (\$/Unze) 1256 (+0,04%) Dow Jones (Eröffnung) 15.325,97 (+0,17%)



Heute minus 40 Prozent Foto: APA

dayli: Morgen Entscheidung über Weiterführung

PUCKING/LINZ. dayli-Masseverwalter Rudolf Mitterlehner versucht, bei der insolventen Schlecker-Nachfolgegesellschaft noch Geld in die Kasse zu spülen. Ab heute, Donnerstag, sind die Waren um 40 Prozent bis auf Widerruf reduziert, sagt Mitterlehner. Es geht darum, den Umsatz der Drogeriemarktkette wieder anzukurbeln, aber man greife damit nicht auf die Fortführungsentscheidung in den nächsten Tagen vor.

Morgen, Freitag, will der Masseverwalter über Fortführung oder Schließung in einer Aussendung informieren. Indes hat der Schweizer Milliardär Phillip Gaydoul (Enkel von Karl Scherer, Gründer der Schweizer Denner-Märkte) als möglicher dayli-Investor abgewunken. Der neue Eigentümer Martin Zieger war als Berater von Gaydoul tätig und sitzt im Verwaltungsrat der Gaydoul-Group.

Ein Fünftel mehr Pleiten in Europa

WIEN. Die Konjunkturflaute schlägt sich in Europa in einem deutlichen Zuwachs an Firmenpleiten nieder: Die Prisma Kreditversicherung erwartet für heuer in der Eurozone einen Anstieg um 21 Prozent.

Für Österreich wird ein Zuwachs um vier Prozent auf 6280 Fälle erwartet. Die österreichische Wirtschaft habe sich abgeschwächt und könne sich von den Problemen in wichtigen Exportmärkten nicht abkoppeln, schreibt Prisma in der jüngsten Insolvenzprognose. 2014 sollte sich der Zuwachs abflachen: Für die Eurozone wird mit einem Anstieg um sieben Prozent gerechnet, für Österreich um 0,3 Prozent.

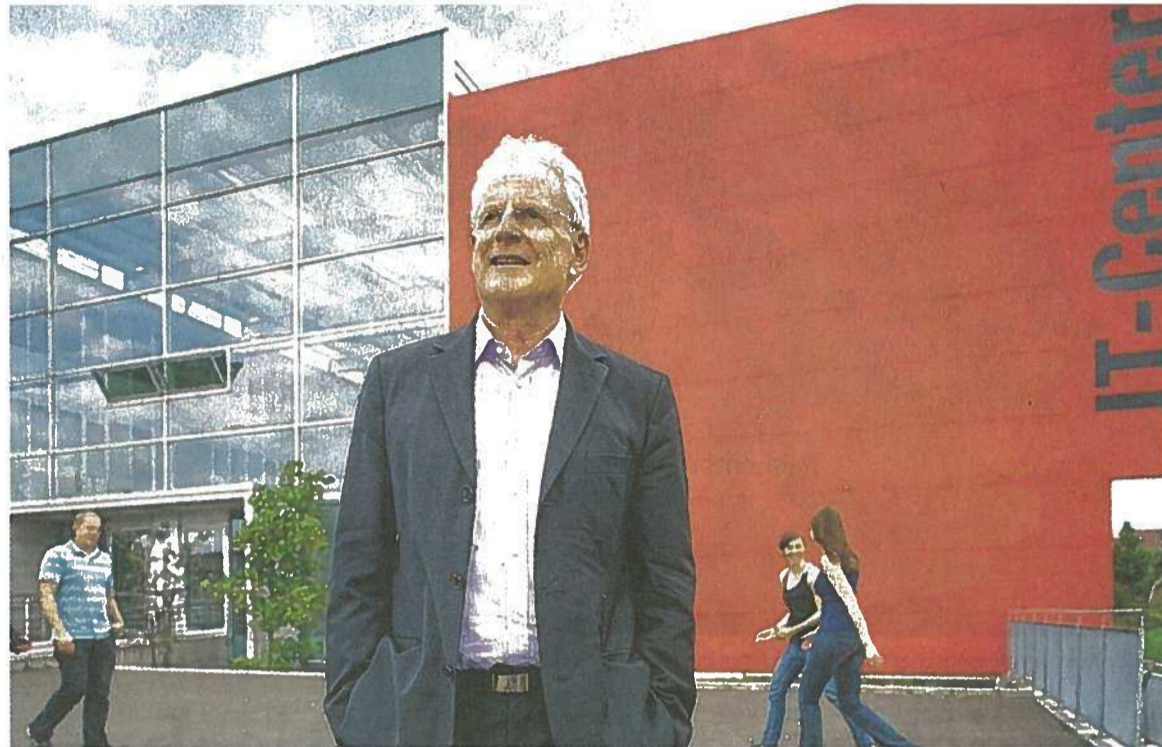
Global erwarten die Kreditversicherer eine Zunahme der Pleiten von acht Prozent im heurigen Jahr und von zwei Prozent 2014.

Amerika und Asien besser

Die sehr enge Korrelation von Konjunkturzyklus und Insolvenzentwicklung bestätigte sich derzeit, sagt Prisma-Vorstand Ludwig Meres. Grundsätzlich sei ein Wirtschaftswachstum von zwei bis drei Prozent erforderlich, um einen Insolvenzanstieg zu verhindern.

Besonders schwierig seien die Aussichten im Einzel- und Möbelhandel, in der Unterhaltungselektronik und der Autoindustrie.

Weltweit seien zwei widerwärtige Trends zu beobachten:



Vor 25 Jahren gründete Bruno Buchberger den Softwarepark Hagenberg. Jetzt tritt er verärgert ab. Foto: APA

Buchberger: Unbequemer Nicht-Bürokrat hat genug

Hagenberg: Der Initiator und Leiter des Softwareparks, Bruno Buchberger, kündigt seinen überraschenden Abgang an

HAGENBERG/LINZ. Vor zwei Tagen hat Bruno Buchberger die Mitarbeiter des Softwareparks Hagenberg informiert, gestern alle Unternehmen im Park. Der Gründer und Leiter gibt sein Führungsamt per Ende Juli ab, die Begleitumstände seines für viele plötzlich und überraschend kommenden Abschiedes werfen allerdings eine Reihe von Fragen nach der Zukunft des Softwareparks auf. Vor allem geht mit Buchberger nicht irgendein Professor über Nacht. Er ist Mastermind, Ideengeber und Motor des weltweit renommierten Softwareparks, an dessen Erfolg vor 25 Jahren in Oberösterreich nur wenige glauben wollten.

Buchberger wollte die Hintergründe seines überraschenden Abganges gestern nicht näher kommentieren. „Ich habe den Park gegründet und 25 Jahre lang geleitet. Ich habe meinen Teil geleistet, nicht für mich, vor allem für das Land Oberösterreich. Jetzt möchte ich wieder meine Kunst ausleben, die Mathematik des 21. Jahrhunderts. Es ist genug. Das habe ich dem Herrn Landeshauptmann auch geschrieben.“ Mehr habe er dazu nicht zu sagen. Er selbst will sich nun, 70-jährig, wieder ganz der Forschung widmen.

Unausgesprochen bleiben die eigentlichen Gründe, es sollen viele kleinere und größere Querelen mit der Landes- und universitären Bürokratie gewesen sein, die den für viele nicht immer bequemen Buchberger letztendlich zermürbt haben dürften.

Allein die Suche nach einer Nachfolge für ihn dauert schon Jahre an. Dem Vernehmen nach

Führungsqualität und Heimatliebe in einer Person bündelt“, nach langem Hin und Her zwischen Universität Linz (JKU) und Land Oberösterreich am Nein der JKU gescheitert, die sich in der entscheidenden Sitzung gegen diese Nachfolgelösung ausgesprochen hat.

Provinzposse um Namen

Dazu kommen Scharmützel mit höchsten Vertretern des Landes über die Namensgebung des Parks, die einer Provinzposse ähneln. Erst drängte die JKU auf Aufnahme des Kürzels JKU in den Namen des Softwareparks, woraufhin die für die Fachhochschulen Zuständigen auch den Begriff Fachhochschulen in diesen Namen aufgenommen haben wollten. Der neue Begriff soll nun lauten: JKU Softwarepark Hagenberg, Standort der Fachhochschulen Oberösterreich.“ Bis zum Landeshauptmann ging der Streit. Buchberger sieht den Markennamen zerstört.

BUCHBERGERS PARK

Vor 25 Jahren hat der damalige Landeshauptmann Josef Ratzenböck den Spitzenforscher Bruno Buchberger gebeten, in Hagenberg Forschung und Wirtschaft zusammenzuführen.

Heute sind in Hagenberg 2500 Leute tätig, 65 Firmen, 12 Forschungsinstitute und die von ihm gegründete Fachhochschule ansässig.

In Zukunft will sich der 70-

Und schließlich geht es auch um Geld und um die organisatorische Einbettung des Parks in die Landestechnologiesellschaft TMG. Ein Teil des Etats der Führung des Parks lief zuletzt über die TMG. Gleichzeitig wurde der vor zwei Jahren noch groß als Neuerung angekündigte Firmen-Inkubator budgetär bei der Landes-Firma tech2b angesiedelt. Diese hat ursprünglich für den Inkubator vorgesehenes und von Buchberger über Sponsoring gehaltenes Geld für sich verbraucht.

Probleme mit der TMG

Die TMG wiederum muss strikt sparen, die damit verbundenen Restriktionen wirken sich auch auf die Hagenberger Führung aus. Eine fachfremde Juristin der TMG wurde aus Spargründen Buchberger als Assistentin zugeteilt, sie selbst im Organigramm der TMG gleichberechtigt neben Buchberger als Leiterin des Softwareparks geführt. Von seinen Weggenossen wird der Gründer des Parks dazu so zitiert: „Heute haben die Juristen und die Bürokraten das Sagen und nicht mehr die Forscher und Unternehmer.“

Buchberger sieht von den Einzelinteressen des Landes, der JKU, der Gemeinde und von Raiffeisen die Einzigartigkeit des Parks bedroht, nämlich die unbürokratische und flexible Vereinigung von Forschung und Wirtschaft unter einem Dach.

Jetzt hingegen liefen Kreativität und Unternehmergeist Gefahr, unter lauter Vorschriften und Rücksichtnahmen auf Landes- und politische Erfordernisse „erwürgt zu werden“, heißt es. Für den oft unbequemen und

Italien verliert an Kreditwürdigkeit

ROM. Die Ratingagentur Standard & Poor's hat Italien herabgestuft und gesteht der drittgrößten Volkswirtschaft der Euro-Zone nur noch das Rating BBB zu (nach BBB+). Der Ausblick sei negativ und auf die anhaltende Wirtschaftsschwäche des Landes sowie Probleme auf Kreditmärkten zurückzuführen. Prompt erhöhten sich am nächsten Tag die Zinsen, die Italien für Anleihen zahlen muss.

Die italienische Regierung will die Bewertung allerdings so nicht hinnehmen. Die Beurteilung sei zu sehr auf die Vergangenheit bezogen. Derzeit gebe es leicht ermutigende Anzeichen eines Aufschwungs. Erstmals seit Jänner gebe es in der Industrie ein Produktionsplus.

Allerdings wird Italiens Wirtschaft heuer um zwei Prozent schrumpfen. Sie befindet sich seit 2011 in einer Rezession. Die Regierung versucht durch Erleichterungen im Steuersystem die Investitionen im Land wieder etwas anzukurbeln.

Überblick

Briten privatisieren Post



Vince Cable Foto: EPA

LONDON. Die britische Regierung plant einen der größten Privatisierungscoups der vergangenen Jahrzehnte: Die staatliche Post soll an die Börse. Aktien der Royal Mail könnten im Herbst frei gehandelt werden. „Dies ist eine logische, wirtschaftliche Entscheidung. Sie soll die Zukunft der Royal Mail auf lange Sicht sichern“, sagte Wirtschaftsminister Vince Cable. Die Gewerkschaften stehen dem Schritt ausgesprochen kritisch gegenüber.

Apple droht Strafe

CUPERTINO. Eine US-Richterin hat entschieden, dass der IT-Konzern Apple auf illegale Weise Preise im amerikanischen E-Book-Markt abgesprochen hat. Nun muss sich Apple auf eine Strafe und Schadenersatz einstellen. Darüber wird zu einem späteren Zeitpunkt entschieden. Die Richterin legte ihr Urteil nach einem wochenlangen Verfahren vor und folgte darin der Argumentation des Justizministeriums. Dieses hatte Apple vorgeworfen, zum Start des iPad-Tablets im Jahr 2010 zusammen mit Verlagen die Preise für digitale Bücher künstlich hochgeschraubt und die Verbraucher geschädigt zu haben.

WERBUNG

UNTERNEHMENS-BERATER GESUCHT?